



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## DIE ZWEITE AMTSZEIT DER REGIERUNG TUSK

### ■ ANALYSE

Am Staatssteuer – die Herausforderungen für die *Bürgerplattform*  
in der zweiten Amtszeit von Donald Tusk 2  
Marta Gałązka, Marek Solon-Lipiński und Jarosław Zbieranek, Warschau

### ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Umfragen zur Regierung Tusk 8

### ■ CHRONIK

Vom 3. Juli bis zum 17. September 2012 11

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung  
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓLPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT



## Am Staatssteuer – die Herausforderungen für die *Bürgerplattform* in der zweiten Amtszeit von Donald Tusk

Marta Gałązka, Marek Solon-Lipiński und Jarosław Zbieranek, Warschau

### Zusammenfassung

Die zweite Regierung der Koalition aus *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) und *Polnischer Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) musste sich recht bald nach ihrem Antritt im November 2011 mit Problemen bei Gesundheits- und Rentenreformen sowie bei der beabsichtigten Ratifizierung von ACTA auseinandersetzen. Die Zufriedenheit über die gelungene Durchführung der Fußball-Europameisterschaft im Sommer 2012 wurde relativiert durch nicht rechtzeitig zur EURO 2012 abgeschlossene große Investitionsprojekte und Enthüllungen über Nepotismus in den Regierungsparteien. In einem Skandal spielte auch der Sohn von Ministerpräsident Donald Tusk eine Rolle. Infolgedessen ist die Zustimmung zu der Politik sowohl des Ministerpräsidenten als auch der gesamten Regierung gesunken. Auch die bevorstehenden notwendigen Strukturreformen bergen nach Meinung der Autoren Konfliktpotentiale. Ob die Zustimmung zum Regierungschef und zur *PO* weiter abnehmen wird, bleibt abzuwarten.

Die Parlamentswahl vom 9. Oktober 2011 ließ zum ersten Mal seit 1989 eine Koalition siegen, die vorher schon die Regierung gestellt hatte. Die *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*), die fast 40 Prozent der Stimmen erhielt, bestätigte damit ihre Position als wichtigste politische Kraft. Auch im Senat war der Sieg eindeutig – von 100 Senatorenmandaten (die zum ersten Mal in Ein-Mandats-Wahlkreisen gewählt wurden) erhielten die Vertreter der *PO* 63 und somit eine absolute Mehrheit. Auch der kleinere Koalitionspartner, die *Polnische Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*), erreichte ein relativ gutes Ergebnis, nämlich mehr als 8 Prozent.

Im Ergebnis erhielten die beiden Parteien nach vier Jahren einer gemeinsamen Regierung (2007–2011) die Möglichkeit, diese in einer weiteren Wahlperiode fortzusetzen, stellten sie doch gemeinsam die Mehrheit im Sejm. Eine solche Absicht hatten die Parteiführer schon lange vor den Wahlen bekundet.

Die größte Oppositionspartei, *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), wiederholte bei der Parlamentswahl 2011 ebenfalls ihr Ergebnis der vorangegangenen Wahl, und dies, nachdem sie ihre Rhetorik deutlich abgemildert und einen gemäßigten Wahlkampf geführt hatte. Das Wahlergebnis erlaubte nicht, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auch die Möglichkeiten, mit den anderen Gruppierungen im Sejm eine Koalition zu bilden, erwiesen sich als problematisch.

Die Wahlergebnisse und die Perspektive eines Weiterregierens der *PO-PSL*-Koalition in einem praktisch unveränderten Kräfteverhältnis weckten keine größeren Emotionen oder gar Kontroversen. Es gab keine Spekulationen der Medien, die sonst die Phase der Regierungsbildung begleiten, vielmehr war klar, dass die beiden Parteien die Regierung bilden würden, und zwar

unter der Führung von Donald Tusk (*PO*), und dass in den kommenden Jahren Kontinuität bei den wichtigsten Regierungsvorhaben angesagt war.

Das größte Medieninteresse in der Zeit kurz nach den Wahlen weckte paradoxerweise der Einzug eines Debütanten auf der politischen Bühne in den Sejm, einer Gruppierung, die von Janusz Palikot, einem ehemaligen *PO*-Politiker, ins Leben gerufen worden war. Dieser hatte nach einem recht scharfen Konflikt mit Tusk die *PO* verlassen und die *Bewegung zur Unterstützung von Palikot* (*Ruch Poparcia Palikota*) gegründet, deren Slogans sich vor allem auf einen Liberalismus in Wertefragen konzentrierten (vgl. Polen-Analyse Nr. 108). Obwohl die Partei von Palikot im Wahlkampf schwache Umfrageergebnisse aufwies, erhielt sie gegen Ende immer größere Unterstützung (vor allem von jungen Menschen) und bekam schließlich zehn Prozent der Stimmen. Sie konnte 40 Abgeordnete im Sejm stellen und war drittstärkste Kraft. Die zweite Sache, die viele Emotionen hervorrief, war das spektakulär niedrige Ergebnis der *Demokratischen Linksallianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) – das niedrigste in ihrer Geschichte. Unter dem Vorsitz von Grzegorz Napieralski erhielt die *SLD* nur wenig über 8 Prozent. Noch kurz vor den Wahlen spekulierte die *SLD*-Führung darüber, dass die Partei 15–17 Prozent erhalten und ein potentieller Koalitionspartner für die *PO* werden würde, und Napieralski zeigte sich bereit, das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten zu übernehmen. Interessanterweise wurde der Sieg der Gruppierung um Palikot nicht im Zusammenhang mit einer Schwächung der *PO* und einer Konkurrenzsituation für dieselbe analysiert (obwohl eine große Gruppe von ehemaligen *PO*-Wählern ihr ihre Stimme gegeben hatte), sondern eher als Entstehung eines starken Konkurrenten für die *SLD*.

## Das Exposé und die Regierungsbildung

Obwohl gleich nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse die Fortsetzung der *PO-PSL*-Regierung praktisch schon klar war, begannen verfassungsgemäß Gespräche mit allen Parteien, die in den Sejm eingezogen waren. Dabei bemühte sich der Staatspräsident um eine wichtige Rolle, es wurde aber bald klar, dass Tusk den Ton bei der Regierungsbildung angeben würde. Die Arbeiten nahmen ohne Eile ihren Gang, und am 8. November 2011 designierte Staatspräsident Bronisław Komorowski Donald Tusk offiziell als Ministerpräsidenten und übertrug ihm die Aufgabe der Regierungsbildung. Am 18. November 2011 stellte der Ministerpräsident dem Sejm sein Exposé vor.

Bei seinem Auftritt dankte Tusk den Polen für das Vertrauen, das sie seiner Regierung in der letzten Amtszeit entgegengebracht hatten, und für die Möglichkeit, die Arbeit fortzusetzen. Nahezu das gesamte Exposé widmete er wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen, was ein vollkommenes Novum war. Tusk hob die Gefahren hervor, die sich aus der Weltwirtschaftskrise ergeben, und unterstrich gleichzeitig die gute Kondition Polens vor dem Hintergrund anderer europäischer Staaten, wobei er u. a. auf den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2008–2011 hinwies. Er unterstrich, dass die sehr gute wirtschaftliche Verfassung der Schlüssel sein werde, um eine wichtige Rolle auf der internationalen Bühne zu spielen und in der Europäischen Union Beachtung zu finden. Des Weiteren konzentrierte sich Tusk auf Fragen des Staatshaushaltes. Er betonte, dass sich die Haushaltsplanung angesichts der dynamischen und unbeständigen Finanzsituation im Ausland durch eine große Elastizität auszeichnen müsse. Deshalb seien einige Varianten und Drehbücher entwickelt worden, die je nach Situation angewandt würden.

Des Weiteren kündigte Tusk als eine der wichtigsten Reformen die Rentenreform an und stellte einen genauen Zeitplan vor, um das Renteneintrittsalter für Männer und Frauen auf 67 Jahre anzuheben. Obgleich schwierig, sei dieses Vorhaben notwendig, denn dies würde ermöglichen, die Renten ohne Probleme auszu zahlen und die realen Renteneinkommen im Verhältnis zum Lebensniveau in Zukunft zu erhöhen. Außerdem skizzierte Tusk das Vorhaben einer Reform der Renten für die Landwirte. An diesem System wird seit Jahren kritisiert, dass es die Landwirte übermäßig privilegiert. Weiter kündigte er eine Überprüfung der Privilegien verschiedener Berufe an, denen derzeit besondere Vergünstigungen zustehen, u. a. betrifft dies die so genannten uniformierten Dienste, Richter, Staatsanwälte, Bergleute und schließlich Priester. Tusk unterstrich auch hier, dass die Reduzierung der Privilegien dieser Gruppen notwendig sei. Darüber hinaus stellte Tusk eine Reihe

von Erleichterungen für kinderreiche Familien in Aussicht sowie in naher Zukunft eine Erhöhung der Renten sowie der Löhne im Baugewerbe.

Zusammengefasst: Das Exposé war kurz, konkret und frei von allgemeinen, ideologischen Fragen. Vielmehr setzte es ökonomische Schwerpunkte und bezog sich auf Herausforderungen, die angesichts der Weltwirtschaftskrise vor Polen stehen. Vorgestellt wurde ein Aktionsplan für die kommenden Monate, der trotz voraussichtlich schwieriger und unpopulärer Reformen langfristig vor deutlich schmerzhafteren Einschnitten schützen soll.

Am 19. November 2011 sprach der Sejm der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk das Vertrauen aus. Dafür stimmten die Abgeordneten der *PO* und der *PSL*, dagegen die Abgeordneten aller anderen Parteien.

Recht viele Kommentare rief die Zusammensetzung der Regierung hervor. Zwar blieb die Besetzung der wichtigsten Ministerposten unverändert – stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister blieb Waldemar Pawlak, Finanzminister blieb Jacek Rostowski (einer der engsten Mitarbeiter von Tusk) und Außenminister Radosław Sikorski –, aber in manchen Ministerien kam es zu Neubesetzungen. Viele Kontroversen und Kritik rief insbesondere hervor, dass einige Ressorts von PolitikerInnen übernommen wurden, die bisher keine größere Beziehung zum betreffenden Arbeitsgebiet oder Erfahrung aufwiesen. Dies betraf die neue Ministerin für Sport und Tourismus, Joanna Mucha (in Anbetracht des bevorstehenden Großereignisses der Fußball-Europameisterschaft EURO 2012), und den Minister für Transport, Bauwesen und Meereswirtschaft, Sławomir Nowak. Diese Nominierungen wurden auch als PR-Element aufgefasst. Junge, energische Menschen sollten das Image der Regierung aufbessern. Kontroversen rief auch hervor, dass auf dem Posten des Justizministers der angesehenere Fachmann Krzysztof Kwiatkowski von Jarosław Gowin ersetzt wurde, einem Philosophen und Repräsentanten des konservativen Flügels der *PO*. Außerdem war von Bedeutung, dass das Amt des Gesundheitsministers von Bartosz Arłukowicz übernommen wurde, einem Politiker, der erst kurz vor den Wahlen von der *SLD* zur *PO* übergetreten war, wobei er in der *SLD* als ernstzunehmender Konkurrent von Grzegorz Napieralski gehandelt worden war, sowie die Schaffung eines neuen Ministeriums für Verwaltung und Digitalisierung, das Michał Boni übernahm, bis dahin verantwortlich für den Expertenstab beim Regierungschef und die strategische Fragen.

## Die Proteste der Ärzte und Apotheker

In die Anfangszeit der zweiten Regierung unter der *PO* fiel das Inkrafttreten der umstrittenen Novelle des »Erstattungsgesetzes«. Sie war noch vor den Wahlen,

am 12. Mai 2011, unterschrieben worden und sollte ab dem 1. Januar 2012 gelten. Dies bedeutete, dass eine Reihe von Arzneimitteln teurer wurde und die Ärzte u. a. verpflichtet wurden, restriktiv zu überprüfen, ob der betreffende Patient, dem ein Rezept ausgestellt werden soll, auch versichert ist. Falls nicht, würde der Nationale Gesundheitsfonds (*Narodowy Fundusz Zdrowia* – NFZ) den Ausstellenden mit den Kosten belasten. Außerdem hatten die Ärzte die Pflicht zu überprüfen, in welcher Höhe der NFZ eine Zufinanzierung gestattet – ob zu 30, 50 oder 100 Prozent. Große Unzufriedenheit rief die Tatsache hervor, dass das Gesetz nach Meinung der Ärzte den Angestellten des NFZ eine zu große Einmischung in die Arbeit der Ärzte gestattete.

Noch vor Inkrafttreten des Gesetzes kündigten Ärzte und Apotheker Proteste und den Boykott der neuen Vorschriften an. Die Ärzte entschieden, nicht zu überprüfen, ob der betreffende Patient versichert ist, sondern nur das in voller Höhe zu bezahlende Rezept mit der Aufschrift »Kostenerstattung des Arzneimittels wird vom NFZ entschieden« zu versehen. Der Protest rief große Verwirrung hervor. In manchen Apotheken traten Probleme beim Einlösen von Rezepten auf. Im Zusammenhang mit den Protesten gegen die neuen Vorschriften entschlossen sich viele Apotheken in Polen, eine einstündige Arbeitspause einzulegen.

Die ganze Situation betraf Millionen von Patienten, häufig ältere Menschen, die völlig orientierungslos hinsichtlich der Änderungen waren. Das Vertrauen in das polnische Gesundheitssystem und dessen Bewertung von Seiten der Bürger, um beides war es ohnehin schlecht bestellt, verminderten sich noch weiter.

### Die Unterzeichnung von ACTA

Nicht lange nach Beginn der Proteste gegen das Gesetz zur Kostenerstattung kam es zu einer weiteren Kontroverse. Das internationale Handelsabkommen ACTA, das die Bekämpfung von gefälschten Produkten und das Vorgehen gegen die Verletzung geistigen Eigentums betrifft, wurde am 16. Januar 2012 von Polen und 21 weiteren EU-Ländern unterzeichnet. Diese Entscheidung stieß auf eine Welle von Kritik und Protesten, darunter auch Straßendemonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern. Die Mehrheit der Polen war der Meinung, dass das Abkommen nachteilig für die Internetnutzer ist, dem freien Zugang zu ins Internet gestellten Inhalten schaden und die Freiheit und Privatsphäre im Netz gefährden kann. An den Straßendemonstrationen im ganzen Land nahmen mehrere Zehntausend, meist junge Menschen teil. Die Proteste gegen das Abkommen waren so stark, dass nicht nur Politiker erstaunt waren, sondern auch Publizisten und politische Kommentatoren. Die Entscheidung der

Regierung, die Ratifikation von ACTA zurückzustellen, entsprach demnach den gesellschaftlichen Erwartungen.

### Die Rentenreform

Ebenfalls Anfang 2012 verschärfte sich die Diskussion über die Rentenreform. Der Vorschlag der *PO* sah die Anhebung und Angleichung des Renteneintrittsalters bei Männern und Frauen auf das 67. Lebensjahr vor. Ab 2013 sollte alle vier Monate das Renteneintrittsalter um einen Monat erhöht werden. Dies bedeutet, dass das Renteneintrittsalter jährlich um drei Monate steigen würde, so dass das Ziel von 67 Jahren bei Männern im Jahr 2020 und bei Frauen im Jahr 2040 erreicht wäre. Gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters bei Männern sprachen sich 84 Prozent der Polen aus, bei Frauen waren es 91 Prozent. Dieses Vorhaben stieß auch beim Koalitionspartner *PSL* nicht auf Unterstützung. Ihm gefielen derart rigorose Änderungen im Rentensystem nicht. Stattdessen schlug die *PSL* die Einführung einiger Regelungen vor, die Frauen betreffen, wobei deren traditionelle Rolle in der Familie beachtet werden sollte. Dies stieß allerdings nicht auf die Zustimmung der *PO*. Gespräche zwischen den beiden Koalitionspartnern brachten über lange Zeit keinerlei Bewegung, jeder blieb hartnäckig bei seiner Auffassung. Die Situation schien so dramatisch, dass viele Publizisten ein Auseinanderbrechen der Koalition prognostizierten und über eine mögliche Verständigung der *PO* mit der *Palikot-Bewegung* oder der *SLD* spekulierten. Nach Monaten des Streits wurde ein Kompromiss zur Reform vereinbart. Für diesen stimmten im Sejm nicht nur die *PO*, sondern auch die *PSL* und die *Palikot-Bewegung* (mit Ausnahme eines Abgeordneten).

### EURO 2012

Die Phase von Mai bis zum Ende der Ferien Ende August sollte für die Regierung und die größte polnische Partei die Zeit sein, die Früchte zu ernten, die die Organisation der Fußballeuropameisterschaft einbringen sollte. Die EURO 2012, die in Polen und der Ukraine stattfand, sollte für die Polen ein Grund des Stolzes und wachsender Zufriedenheit sein, was gleichzeitig in einem Anstieg der Unterstützung für die Regierung zum Ausdruck kommen sollte. Tatsächlich war es ein Erfolg der Regierung, dass die Organisation der EURO 2012 ohne besonders augenfällige Zwischenfälle gelang. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass die Regierung während der Spiele die Unterstützung der wichtigsten polnischen Medien des Mainstream erfuhr.

Vor diesem Hintergrund soll hier eine Reihe von Problemen benannt werden, die trotz allem während der Vorbereitung und Durchführung der Meisterschaft sichtbar wurden und die im Zusammenhang mit einer

eventuell wachsenden Unzufriedenheit mit der Regierung von Donald Tusk von Bedeutung sind. Für Polen sollte die EURO 2012 vor allem die Chance auf einen zivilisatorischen Sprung sein. Die Organisation der weltweit drittgrößten Sportveranstaltung (nach den Olympischen Spielen und der Fußballweltmeisterschaft) sollte Infrastrukturinvestitionen erzwingen, die den nachfolgenden Generationen zur Verfügung stehen. Die geplanten Investitionsvorhaben, zumindest im Bereich des Fernstraßenbaus, wurden aber überwiegend nicht termingerecht fertiggestellt, darunter auch Bauvorhaben, die als Schlüsselinvestitionen definiert worden waren. Kurz vor Beginn der Europameisterschaft wurde mit großem Pomp der Autobahnabschnitt Warschau–Łódź freigegeben (Teil der Autobahn Warschau–Berlin), was erlaubte, die Misserfolge an anderen »Investitionsfronten« zu kaschieren. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die seit vielen Monaten bestehenden Behinderungen aufgrund von Bauarbeiten den polnischen Autofahrern immer noch zu schaffen machen.

Ein Aspekt bei den Diskussionen zum Thema Investitionen, die u. a. in Hinblick auf die EURO 2012 vorbereitet wurden, waren die Art und Weise, wie Ausschreibungen durchgeführt werden, und die Kosten, die der polnische Staat für Bau- und Instandsetzungsvorhaben trug. Ein besonders lautes Echo riefen die Proteste der Unternehmer hervor, die Unterauftragnehmer der Konsortien waren, die die Ausschreibungen der Autobahnen für sich entschieden hatten. Viele der Firmen gingen pleite, weil die Auftraggeber nicht termingerecht für die ausgeführten Arbeiten zahlten, was aber die Unternehmer nicht davon befreite, die Steuer auf die von ihnen ausgestellten Rechnungen zu zahlen. Dabei trat auch der Mechanismus ans Tageslicht, dass »mehrstöckige« Verträge konstruiert wurden, die auf den Dienstleistungen von Dutzenden von Unterauftragnehmern gründeten, von denen jeder seine Marge weitergab und auf diese Weise einen lawinenartigen Preisanstieg für den jeweiligen Dienst mitverursachte. Darüber hinaus erwiesen sich die polnischen Investitionen als eindeutig teurer als vergleichbare in Westeuropa, zum Beispiel in Deutschland, was die Frage nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit provoziert. Als Beispiel können hier die Kosten für den Bau von Sportstadien angeführt werden: Die Kosten für das Nationalstadion in Warschau betrugen zirka 500 Mio. Euro, die der vergleichbaren Allianz Arena in München dagegen 340 Mio. Euro.

### **Nepotismus, Michał Tusk und Amber Gold**

Tatsächlich trat nach Beendigung der Fußball-Europameisterschaft trotz des fatalen frühen Ausstiegs der polnischen Mannschaft die von der *PO* erwartete Verbesserung der allgemeinen Stimmung in der Gesellschaft

ein. Die oben genannten Probleme wurden nicht Gegenstand breiterer Diskussionen, folglich sollten Juli und August eine ruhige Phase vor dem Beginn einer neuen politischen Saison im Herbst werden. Allerdings kam es bereits Mitte Juli zu Ereignissen, die das Potential hatten, sowohl die Position der Regierung als auch der *PO* selbst zu erschüttern. Die Tageszeitung »Puls Biznesu« veröffentlichte einen Mitschnitt, der Vetternwirtschaft in der Koalitionspartei *PSL* enthüllte. Diese Angelegenheit schlug sich in einem recht großen Echo in den Medien nieder, die angesichts des öffentlichen Interesses an diesem Problem begannen, immer neue Fälle von Machtmissbrauch in parteinah besetzten Verwaltungseinrichtungen und Gesellschaften des Staatsschatzes – auch durch *PO*-Politiker – zu enthüllen. Schließlich wurde entdeckt, dass der Sohn von Ministerpräsident Donald Tusk, Michał Tusk, von einem Unternehmen angestellt ist, das zum Teil vom Staat und zum Teil von der lokalen Selbstverwaltung kontrolliert wird, dem Danziger Flughafen. Obwohl in diesem Fall keinerlei direkte Protektion seitens des Ministerpräsidenten bewiesen wurde, wurde es laut um diese Angelegenheit. Sie gewann zusätzlich an Fahrt, weil eine weitere Affäre aufgedeckt wurde, nämlich, dass Michał Tusk nicht nur für den Danziger Flughafen arbeitet, sondern gleichzeitig auch für die Lokalredaktion der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza«, wo er über Infrastruktur und Kommunikation schrieb, sowie außerdem für die Fluggesellschaft OLT Express.

Die Krise wurde durch die Lage der Fluglinien von OLT Express verstärkt: Ende Juli wurden von einem Tag auf den anderen alle Flüge abgesagt und einige Hunderttausend Passagiere, die bereits Tickets gekauft hatten, blieben sitzen. Die Fluglinien wiederum waren Eigentum der Firma Amber Gold. Diese war als »Parabank« tätig, obwohl sie keine entsprechenden Berechtigungen besaß und auf einer Risikoliste des Finanzaufsichtsausschusses stand. Dabei versprach sie ihren Kunden einen viel höheren Zinssatz als andere Anlagefirmen. Wichtig ist hier außerdem, dass sowohl OLT Express als auch Amber Gold in den vorangegangenen Monaten große Summen in unterschiedliche Arten von Werbung investiert hatten. Zusätzlich unterstützten sie einflussreiche Kreise in Pommern, wodurch sie gleichzeitig Vertrauen und einen Schutzschirm für sich aufbauten. U. a. unterstützte die Firma Amber Gold großzügig die Produktion eines Films über Lech Wałęsa, die Dominikanerkirche in Danzig und den Danziger Zoo.

Amber Gold schloss Mitte August seine Abteilungen und ließ einige Tausend Menschen mit leeren Händen zurück, die Zloty-Beträge in zweistelliger Millionenhöhe angelegt hatten. Es stellte sich heraus, dass der Vorsitzende von Amber Gold bereits mehrmals wegen

Finanzmissbrauchs bestraft worden war und seine Tätigkeit ausübte, ohne die entsprechende Erlaubnis zu haben, er handelte also gegen die Vorschriften. Dennoch waren Staatsanwaltschaft und Gerichte nicht in der Lage gewesen, der Situation vorzubeugen.

Die Beschäftigung des Sohns von Donald Tusk bei einer Firma von so verdächtiger Herkunft musste politische Konsequenzen hervorrufen, insbesondere weil in der Zwischenzeit neue kompromittierende Informationen aufgetaucht waren. Michał Tusk gab zu, dass er in einem Interview für die Danziger »Gazeta Wyborcza« sowohl die Fragen gestellt (als Journalist) als auch die Antworten des Chefs der Fluglinie OLT Express formuliert hatte (als Angestellter der Linie im Pressebüro). Der Vorsitzende von Amber Gold, Eigentümer der OLT-Linien, wiederum belastete den Sohn des Ministerpräsidenten, indem er darauf hinwies, dass dieser ihm vertrauliche Informationen finanzieller Art verraten habe. Der Chef des Danziger Flughafens selbst aber teilte mit, dass er in hier keinen Interessenkonflikt sehe. Diese ganze Angelegenheit war zweifelsohne ein Problem für das Image auch der *PO*.

### Reaktionen der öffentlichen Meinung

Wie beeinflussten die dargestellten Probleme die Wahrnehmung der *PO* und der Regierung von Donald Tusk in der Öffentlichkeit? Wesentlich für das Erscheinungsbild scheinen das Hin- und Her um das Gesundheitswesen und die Renten sowie die Unzufriedenheit mit der Ratifizierung von ACTA durch die Regierung zu sein. Diese Vorgänge kumulierten sich in der ersten Jahreshälfte 2012 im späten Winter und frühen Frühling. Dabei kam es zu einem deutlichen Rückgang der guten Bewertungen des Ministerpräsidenten und der Regierung sowie der *PO* (s. Grafik 1 im Anhang).

Die Daten belegen, dass Anfang des Jahres 2012 eine bisher nicht bekannte Veränderung der gesellschaftlichen Einschätzung gegenüber der *PO*-Regierung eintrat. Sowohl der Ministerpräsident als auch die Regierung sahen sich zum ersten Mal einer größeren Anzahl von Gegnern als von Anhängern gegenüber (s. Grafik 3 im Anhang). Eine solche Situation hatte während der gesamten vorangegangenen Legislaturperiode vermieden werden können. Es muss allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass sich nach dem plötzlichen Einbruch in den ersten Monaten von 2012 die Situation allmählich wieder zu stabilisieren begann. Möglicherweise ist dies eine beständige Tendenz, jedoch ist eine Rückkehr zu den Zeiten, als mehr als 50 Prozent der Polen Vertrauen zu Donald Tusk zu haben angaben, schwer vorstellbar.

Wesentlich scheint zu sein, dass das Image des Ministerpräsidenten und der Regierung nicht von den Skan-

dalen beeinflusst wurde, die in der Ferienzeit ausbrachen. Die Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber diesen Affären könnte die These von einer wachsenden Entfremdung der Welt der Politik von der übrigen Gesellschaft bestätigen.

Faktoren, die die Bewertung der Regierung beeinflussen, sind unmittelbar mit dem Gefühl sozialer Sicherheit der Bürger verbunden (Fragen des Gesundheitswesens, der Rente). Es kommt vor, dass die plötzlich auftretende Unzufriedenheit der Gesellschaft dadurch verursacht wird, dass der Staat in die Privatsphäre und den Bereich des Lebensstils eindringt, beispielsweise in Form der Beschränkung, die Möglichkeiten des Internets zu nutzen. So kann der massenhafte Protest gegen die Ratifizierung von ACTA erklärt werden.

Trotz sinkender Beliebtheitswerte ist die führende Position der *PO* immer noch stark, und Donald Tusk führt sie mit starker Hand. Auch wenn es in der Partei unterschiedliche Fraktionen und Brüche gibt – als stärkste Gruppierung wird der konservative Flügel um Justizminister Jarosław Gowin betrachtet – scheint die innere Integrität der Partei nicht bedroht zu sein. Eine gewisse Herausforderung können in diesem Zusammenhang die Diskussionen und Entscheidungen über Reformen sein, die Wertefragen oder Fragen des Lebensstils betreffen, zum Beispiel das Gesetz über gleichgeschlechtliche Partnerschaften oder die Finanzierung von In-vitro-Fertilisation, allerdings gilt hier, dass diese Fragen vom Ministerpräsidenten eindeutig als zweitrangig – im Vergleich zu den wirtschaftlichen Herausforderungen – beurteilt wurden. Notwendig scheint eine Umbesetzung der Regierung zu sein, so dass durch die Ersetzung unpopulärer oder inkompetenter Minister ebenfalls das gesellschaftliche Vertrauen in die Regierung gehoben werden kann.

Hinzuweisen ist außerdem auf die Beliebtheitswerte der *PO* selbst. Die Unterstützung für die politischen Parteien in der Zeit seit der Parlamentswahl 2007 zeichnet sich durch eine ungewöhnliche Stabilität aus (s. Tabelle 1 im Anhang). Auch die Zustimmung für die *PO* wirkt stabil und die Position der wichtigsten Partei auf der politischen Bühne Polens ungefährdet. Auch wenn sich Anfang 2012 ein Erdbeben der Beliebtheitswerte feststellen ließ – nämlich ein wahrnehmbarer Abfluss von Wählergruppen, die bei der Parlamentswahl 2011 die *PO* aus Mangel an Alternativen und ohne Enthusiasmus gewählt hatten –, bewirkte dies doch nicht die Stärkung einer anderen Gruppierung. Die Unterstützung wurde auch nicht durch die Durchführung unpopulärer Reformen gestört, insbesondere der Rentenreform.

Die Oppositionsparteien scheinen mit ihren eigenen Problemen beschäftigt zu sein und stellen keine reale Alternative dar. *PiS* bemüht sich inständig, ihre Iden-

tität zu wahren und die politische Bühne auf der rechten Seite zu bestimmen (was die Unterstützung für die »Abspalter-Partei« des unter rechten Wählern beliebten ehemaligen Justizministers Zbigniew Ziobro nivelliert). Unlängst schaltete sich der Vorsitzende von *PiS*, Jarosław Kaczyński, in die Debatte um den Zustand des Staates ein und stellte seine Vision von Wirtschaftsreformen vor. Ein Faktor, der die Möglichkeiten von *PiS* beschränkt, ist auch das mangelnde Vertrauen seitens der Bevölkerung Kaczyński gegenüber (zirka 50 Prozent).

Die *Palikot-Bewegung* scheint damit beschäftigt zu sein, eine eigene Identität und kohärente Vision zu gestalten. Nach dem forschenden Einzug ins Parlament als drittstärkste Kraft verliert die Partei allmählich das Vertrauen der Wähler. Der Parteivorsitzende Janusz Palikot ist ein Politiker, dem ähnlich viele Polen misstrauen wie Kaczyński. Die *SLD* bemüht sich recht wirkungslos um Unterstützung. Der Wechsel des Vorsitzenden zugunsten des markanten ehemaligen Ministerpräsidenten Leszek Miller brachte hier keine Verbesserungen mit sich. Diese beiden Parteien scheinen keine potentiellen Koalitionspartner für die *PO* zu sein.

Wichtig für die Stabilität der Regierung ist auch die Situation des Koalitionspartners. Die *PSL* kann große Turbulenzen im Zusammenhang mit der Wahl eines neuen Vorsitzenden und der Präsenz unterschiedlicher Fraktionen mit gegensätzlichen Interessen erleben, und

die beständig niedrige gesellschaftliche Unterstützung kann ihren Teil zu den inneren Spannungen beitragen.

### Fazit

In den kommenden zwei Jahren werden keine Wahlen stattfinden; erst im Juni 2014 werden das Europäische Parlament und die Selbstverwaltungsorgane in Polen gewählt. Zumindest theoretisch könnte diese Phase also eine Zeit ohne die politischen Gewitter sein, die sonst von Wahlkämpfen ausgelöst werden, sondern vielmehr eine Phase der Ruhe für die Regierung. Dies würde erlauben, sich auf die Umsetzung der geplanten Vorhaben zu konzentrieren, insbesondere der wirtschaftlichen Reformen. Die Vermeidung von Krise und Stagnation ist in dieser Hinsicht eine ernstzunehmende Herausforderung. Da die geplanten wirtschaftlichen Veränderungen unterschiedliche soziale Gruppen betreffen, kann dies zu Unzufriedenheit in der Gesellschaft führen. Gerade die wirtschaftlichen und sozialen Fragen scheinen in der nächsten Zeit die Arena einer verstärkten Debatte mit der Opposition und den Gewerkschaften zu werden. Der Unterstützung der Regierung kann dagegen die Freigabe von EU-Geldern für große Investitionen wie Autobahnen und Eisenbahnlinien dienen. Zweifellos könnte dies die positive Wahrnehmung der *PO* als Reform- und Modernisierer des Landes stärken.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

### Über die Autoren

Marta Gałązka, Politologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programm »Recht und Demokratische Institutionen« beim Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau (Instytut Spraw Publicznych, Warszawa).

Marek Solon-Lipiński, Soziologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau (Instytut Spraw Publicznych, Warszawa) und beschäftigt sich mit Fragen der gesellschaftlichen Partizipation und der Transparenz des öffentlichen Lebens.

Dr. jur. Jarosław Zbieranek, Politologe, ist Leiter des Programms »Recht und Demokratische Institutionen« beim Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau (Instytut Spraw Publicznych, Warszawa).

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

## Umfragen zur Regierung Tusk

Tabelle 1: Wen würden Sie wählen, wenn am Sonntag Wahl wäre? (%)

	09/2011	10/2011	Ergebnisse der Parlamentswahl 10/2011	11/2011	12/2011	01/2012	02/2012	03/2012	04/2012	05/2012	06/2012	07/2012	08/2012
PO	37	34	39,18	42	43	40	33	29	29	27	32	32	36
PiS	20	20	29,89	21	21	18	19	23	22	21	20	25	22
SLD	7	9	8,24	7	5	4	8	8	9	12	9	9	8
PSL	6	6	8,36	7	7	7	7	8	5	7	6	4	6
Ruch Palikora	2	7	10,02	9	6	8	9	8	6	7	3	5	5
Solidarna Polska	-	-	-	-	2	2	3	3	4	3	3	3	2
Nowa Prawica Janusza Korwina-Mikke	-	-	1,06	1	1	2	2	2	3	2	1	1	2
Polska Jest Najważniejsza	1	1	2,19	2	1	1	2	0	1	1	1	2	1
Polska Partia Pracy	0	1	0,55	0	0	0	1	0	0	0	1	0	1
Prawica Rzeczypospolitej	-	-	0,24	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1
andere	1	1	0,26	1	1	1	2	1	1	2	1	1	1
schwer zu sagen	26	22	-	9	12	16	15	17	21	18	22	18	16

PO – Platforma Obywatelska – Bürgerplattform

PiS – Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit

SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linkskollanz

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei

Ruch Palikora – Palikot-Bewegung

Solidarna Polska Zbigniewa Ziobry – Solidarisches Polen von Zbigniew Ziobro

Nowa Prawica Janusza Korwina-Mikke – Neue Rechte von Janusz Korwin-Mikke

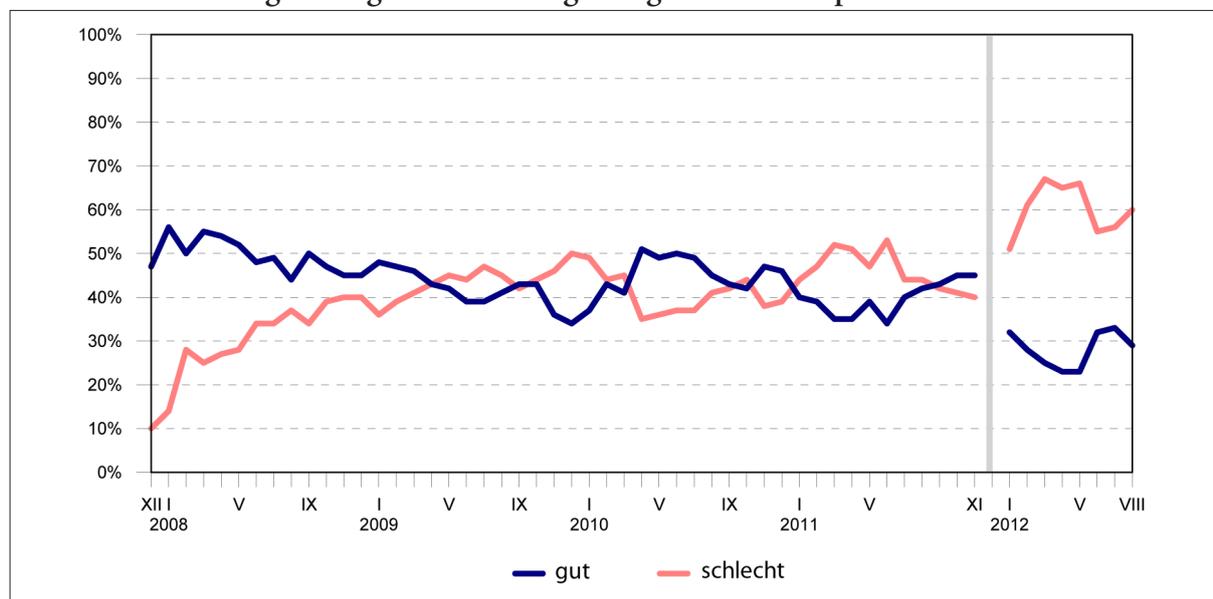
Polska Jest Najważniejsza – Polen ist am wichtigsten

Polska Partia Pracy – Polnische Arbeitspartei

Prawica Rzeczypospolitej – Rechte der Republik

Quelle: CBOS BS/68/2012: Preferencje partyjne w maju [Parteipräferenzen im Mai]. Warszawa 05/2012. Und: CBOS BS/112/2012: Preferencje partyjne w sierpniu [Parteipräferenzen im August]. Warszawa 08/2012. www.cbos.pl

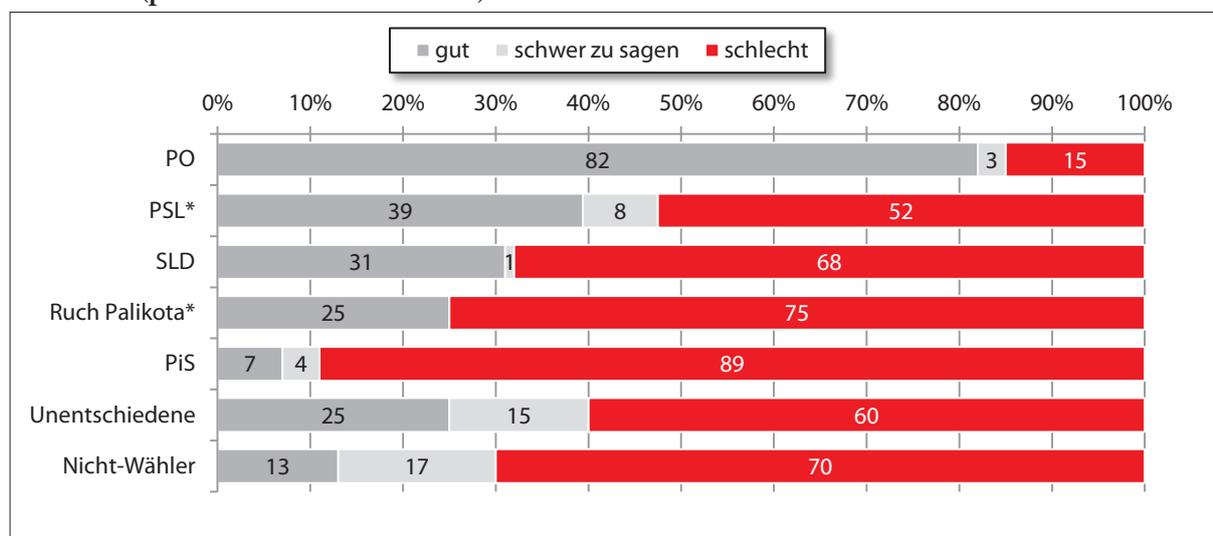
**Grafik 1: Bewertung der Ergebnisse der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk**



Anm.: Bis 2011 betreffen die Bewertungen die vorige Regierung Tusk, seit Januar 2012 die gegenwärtige Regierung Tusk. Nicht aufgenommen wurde die Antwort »schwer zu sagen«.

Quelle: CBOS BS/113/2012: Stosunek do rządu w sierpniu [Das Verhältnis zur Regierung im August]. Warszawa 08/2012. www.cbos.pl

**Grafik 2: Bewertung der Ergebnisse der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk (%) (potentielle Wähler von ...)**



\*Diese Daten sollten mit Vorsicht bewertet werden, da nur eine geringe Anzahl der Anhänger der Partei untersucht wurde.

PO – Platforma Obywatelska – Bürgerplattform

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei

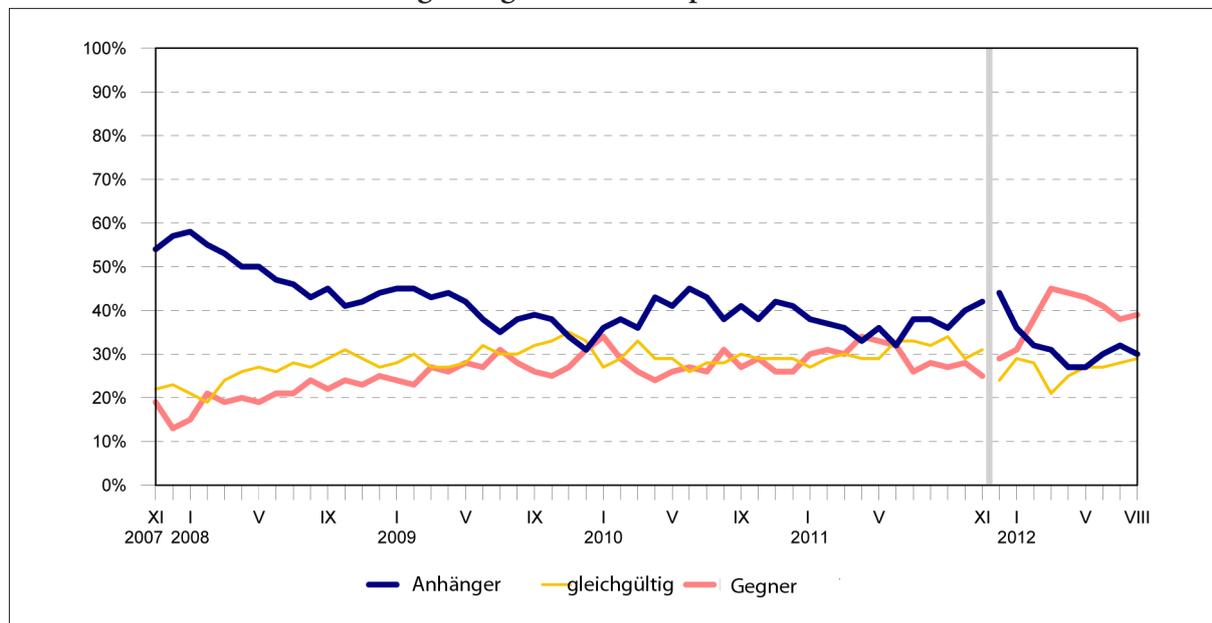
SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linkskallianz

Ruch Palikota – Palikot-Bewegung

PiS – Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit

Quelle: CBOS BS/113/2012: Stosunek do rządu w sierpniu [Das Verhältnis zur Regierung im August]. Warszawa 08/2012. www.cbos.pl

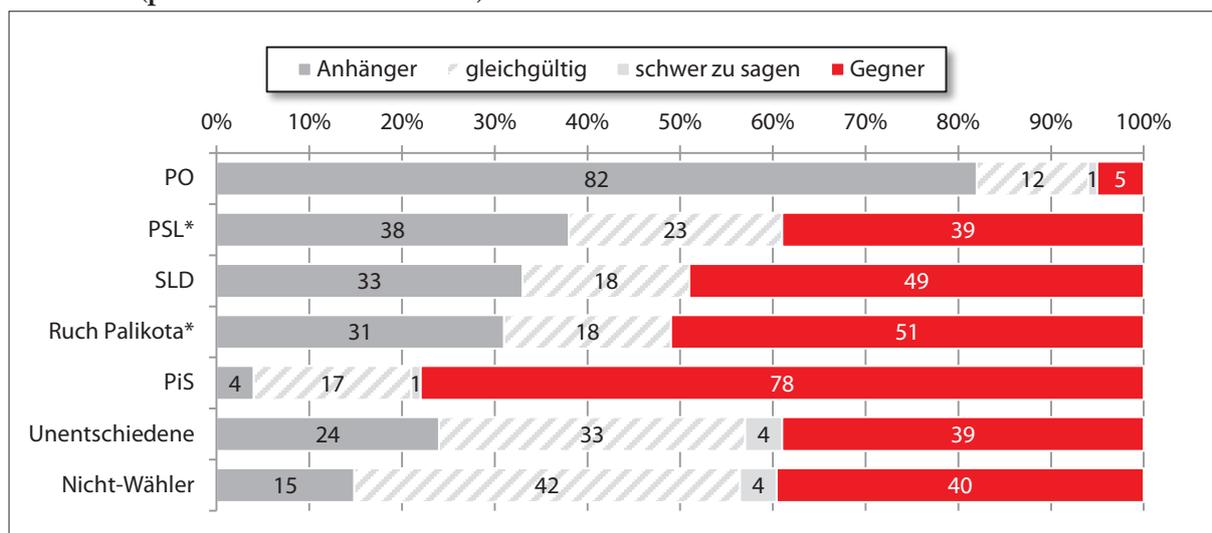
**Grafik 3: Das Verhältnis zur Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk**



Anm.: Bis 2011 betreffen die Bewertungen die vorige Regierung Tusk, seit Januar 2012 die gegenwärtige Regierung Tusk. Nicht aufgenommen wurde die Antwort „schwer zu sagen“.

Quelle: CBOS BS/113/2012: Stosunek do rządu w sierpniu [Das Verhältnis zur Regierung im August]. Warszawa 08/2012. www.cbos.pl

**Grafik 4: Das Verhältnis zur Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk (%) (potentielle Wähler von ...)**



\*Diese Daten sollten mit Vorsicht bewertet werden, da nur eine geringe Anzahl der Anhänger der Partei untersucht wurde.

PO – Platforma Obywatelska – Bürgerplattform

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei

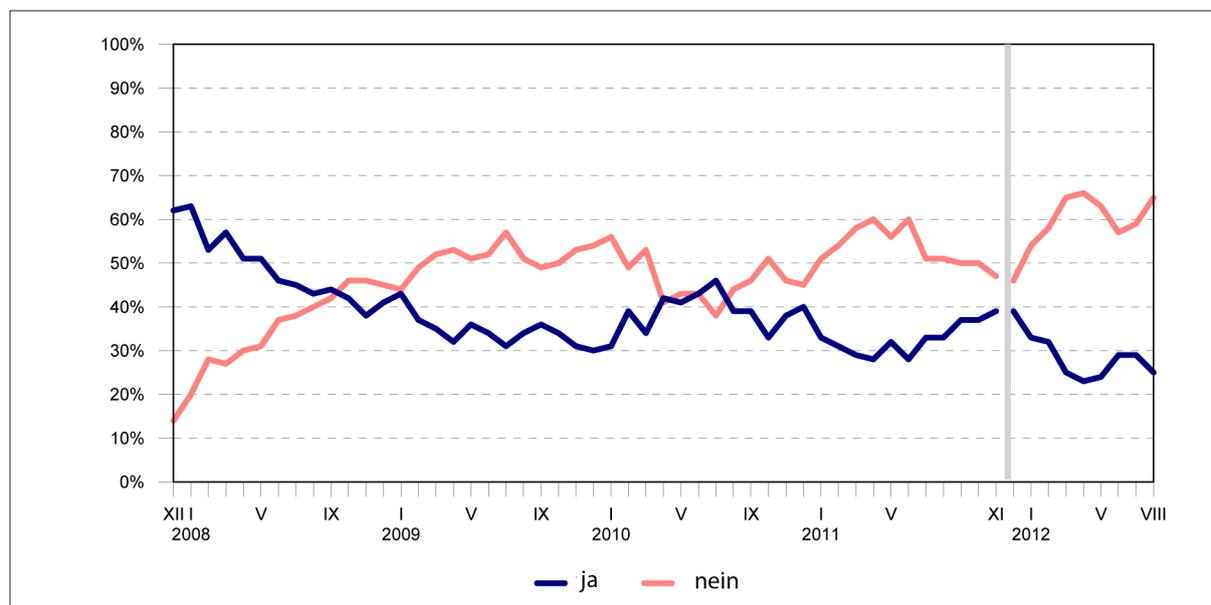
SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linkskallianz

Ruch Palikota – Palikot-Bewegung

PiS – Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit

Quelle: CBOS BS/113/2012: Stosunek do rządu w sierpniu [Das Verhältnis zur Regierung im August]. Warszawa 08/2012. www.cbos.pl

**Grafik 5: Ermöglicht die Politik der aktuellen Regierung eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation?**



Anm.: Bis 2011 betreffen die Bewertungen die vorige Regierung Tusk, seit Januar 2012 die gegenwärtige Regierung Tusk. Nicht aufgenommen wurde die Antwort »schwer zu sagen«.

Quelle: CBOS BS/113/2012: Stosunek do rządu w sierpniu [Das Verhältnis zur Regierung im August]. Warszawa 08/2012. www.cbos.pl

**CHRONIK**

**Vom 3. Juli bis zum 17. September 2012**

03.07.2012	Nachdem der Vorsitzenden des Allgemeinen Russischen Verbands der Fußballfans die polnischen Gefängnisse, in denen die während der Fußball-Europameisterschaft in Warschau inhaftierten russischen Fans noch einsitzen, als »Folterkammer« bezeichnet hat, fordert der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, Grzegorz Schetyna, eine scharfe Reaktion des polnischen Außenministeriums.
04.07.2012	Die Energiekonzerne PGNiG, KGHM, PGE, Tauron und Enea unterzeichnen einen Rahmenvertrag über die Zusammenarbeit bei der Suche und eventuellen Förderung von Schiefergas auf dem Konzessionsgebiet von Wejherowo (Nordpolen). Der Vertrag sieht vor, dass die Gesellschaften insgesamt 1,72 Mio. Zloty investieren. Schatzminister Mikołaj Budzanowski kündigt den Bau von drei Schiefergasabbaustätten bis 2015 an.
05.07.2012	Außenminister Radosław Sikorski ruft die Mitgliedsländer der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn) auf, gemeinsam bei den Budget-Verhandlungen der EU für 2014 bis 2020 aufzutreten und den Kohäsionsfonds zu verteidigen. Die Visegrád-Gruppe sollte sich dafür einsetzen, dass die EU offener und solidarischer wird. Polen hat seit Juli den Vorsitz der Visegrád-Gruppe inne.
06.07.2012	Der stellvertretende Finanzminister Jacek Dominik sagt, dass es wichtiger sei, angesichts der negativen äußeren Einflussfaktoren auf die polnische Binnenwirtschaft das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten, als Ausgaben mit dem Ziel zu reduzieren, das Defizit des öffentlichen Haushalts auf maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu beschränken.
07.07.2012	Das Polnische Olympische Komitee gibt die vorläufige Teilnehmerliste für die XXX. Olympischen Spiele in London bekannt. Demnach wird Polen mit 216 Sportlern aus 22 Disziplinen vertreten sein.

08.07.2012	Im Wallfahrtsort Tschenstochau (Częstochowa) feiern zirka 100.000 Gläubige einen Gottesdienst aus Anlass der 20. Pilgerfahrt der Hörer von Radio Maryja, einem rechtskonservativ-nationalen katholischen Sender des Redemptoristenpaters und Medienunternehmers Tadeusz Rydzyk. Rydzyk fordert die Versammelten auf, für die Freiheit des Wortes, der Medien und einen Platz des katholischen Fernsehsenders TV Trwam im digitalen Multiplex zu beten. TV Trwam kann über Kabel- und Satellitenfernsehen empfangen werden, ihm wurde aber kein digitaler Sendeplatz eingeräumt. Dies führte zu erbitterten Diskussionen in der Öffentlichkeit.
09.07.2012	Nach Angaben des Ministeriums für regionale Entwicklung hat das Ministerium rund 75 % der von der Europäischen Union für die Jahre 2007 bis 2013 zugesprochenen Mittel für entsprechende Investitionen bewilligt. Die unterzeichneten Verträge belaufen sich auf 309,7 Mrd. Zloty, der Anteil aus EU-Geldern beträgt 212,7 Mrd. Zloty.
10.07.2012	Nach dem neuesten Bericht des Büros für Wirtschaftsnachrichten (Biuro Informacji Gospodarczej) InfoMonitor, haben Ende Juni 2,19 Mio. Personen ihre Schulden nicht termingerecht bezahlt. Im Vergleich zum ersten Quartal ist dies eine Steigerung von 2 %.
11.07.2012	Das Nationale Zentrum für Forschung und Entwicklung (Narodowe Centrum Badań i Rozwoju – NCBiR), das Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen und die Agentur für Industrieentwicklung (Agencja Rozwoju Przemysłu – ARP) unterzeichnen einen Vertrag über die Finanzierung der Forschung zur Entwicklung von Technologien für die Schiefergasgewinnung. Das Budget des Programms beträgt 1 Mrd. Zloty.
12.07.2012	In einem Radiointerview erklärt Außenminister Radosław Sikorski, dass Polen jederzeit bereit zu einem Neuanfang in den polnisch-litauischen Beziehungen sei, aber von Litauen die Einhaltung des polnisch-litauischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit erwarte. Dieser sieht u. a. die Beachtung der Rechte der polnischen Minderheit in Litauen vor. In der vergangenen Woche wurden in Litauen Änderungen der Wahlkreise vorgenommen, die ungünstig für die polnische Minderheit in Litauen sind. Im Herbst werden in Litauen Parlamentswahlen durchgeführt.
13.07.2012	Die trilaterale Kommission von Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften hat sich auf keinen gemeinsamen Mindestlohn einigen können, teilt der Pressesprecher des Arbeitsministeriums, Janusz Sejmej, mit. Daher habe die Regierung den Bruttomindestlohn auf 1.600 Zloty ab dem kommenden Jahr festgelegt. Dieser Vorschlag wird erneut der trilateralen Kommission vorgelegt; sollte es zu keiner Einigung kommen, wird die Regierung bis Mitte September entscheiden.
14.07.2012	Der Vorstand von Solidarisches Polen (Solidarna Polska – SP) richtet einen Brief an Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), in dem eine Zusammenarbeit zwischen beiden Fraktionen in Sachen Strafverschärfung bei besonders grausamen Verbrechen vorgeschlagen wird sowie Widerstand gegen das Regierungsgesetz zum Bau eines Atomkraftwerks in Polen und eine Steuererleichterung für Rentner. Zuvor hatte PiS einen Termin bis Ende Juli für die Rückkehr von SP zu PiS gesetzt.
15.07.2012	Jarosław Kaczyński, Vorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), kündigt auf der Tagung des Politischen Rats von PiS an, dass PiS im August Vorschläge sowie konkrete Ideen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, zur Verbesserung des Bildungssystems, des Gesundheits- und des Rentensystems vorstellen wird.
16.07.2012	Der Polnische Ölkonzern PKN Orlen beginnt seine erste Bohrung nach Schiefergas in Masowien (Mazowsze). Geplant seien sechs bis sieben weitere Bohrungen in Polen im laufenden Jahr, so der PKN-Vorsitzende Jacek Krawiec.
17.07.2012	Nach einem Bericht des Regierungsinformationszentrum betrug der Erlös aus Privatisierungen in der ersten Jahreshälfte 2012 zirka 3,76 Mrd. Zloty, das sind 1,15 Mrd. Zloty aus Privatisierungen in verschiedenen Branchen und 2,61 Mrd. Zloty aus Privatisierungen an der Börse.
18.07.2012	Landwirtschaftsminister Marek Sawicki (Polnische Bauernpartei/Polnie Stronnictwo Ludowe – PSL) reicht seinen Rücktritt ein. Hintergrund ist der Videomitschnitt eines Gesprächs zwischen zwei hohen Beamten über Amtsmissbrauch in Gesellschaften und Agenturen, die mit dem Landwirtschaftsministerium verbunden sind.
19.07.2012	Medienberichten zufolge hat der litauische Ministerpräsident Andrius Kubilius nach einem informellen Treffen mit Ministerpräsident Donald Tusk am Vortag Polen erneut eingeladen, sich am Bau eines Elektrizitätswerks in Litauen zu beteiligen. Der Polnische Energiekonzern (Polska Grupa Energetyczna – PGE) hatte im Dezember letzten Jahres seine Beteiligung eingestellt. Der Bau soll im Jahr 2015 beginnen.
20.07.2012	Die Europäische Kommission bestätigt die Zufinanzierung von 26 Umweltprojekten in Polen (EU insgesamt: 202) im Rahmen des EU-Umweltschutzprogramms Life+. Die Summe aus EU-Mitteln beträgt für Polen 68,1 Mio. Euro.

21.07.2012	Auf einer Parteiveranstaltung in Olkusz (Woiwodschaft Klempolen/woj. małopolskie) wirbt der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Jarosław Kaczyński für PiS als einzige Alternative zur aktuellen Regierung. Für den Fall einer Regierungsübernahme kündigt er weitreichende Reformen im Finanz-, Gesundheits- und Bildungswesen an.
22.07.2012	In Warschau finden aus Anlass des 70. Jahrestages des Beginns der Deportationen aus dem jüdischen Ghetto in Warschau durch die deutschen Besatzungsbehörden die zentralen Gedenkveranstaltungen statt.
23.07.2012	Am Rande eines Treffens der Länder der Östlichen Partnerschaft (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine) auf ministerialer Ebene in Brüssel hebt Außenminister Radosław Sikorski hervor, dass vier der sechs Länder in fortgeschrittenem Stadium der Verhandlungen über eine komplexe Freihandelszone seien bzw. diese bereits abgeschlossen hätten. Der schwedische Außenminister Carl Bildt betont, dass Belarus und der Ukraine deutlich gemacht werden müsse, dass die Durchführung der Parlamentswahlen in beiden Ländern im Herbst richtungweisend sein wird.
24.07.2012	Der Sejm lehnt mit deutlicher Mehrheit Beratungen über zwei Gesetzesentwürfe zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ab. Diese waren von der Demokratischen Linksalianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) und der Palikot-Bewegung (Ruch Palikota) eingebracht worden. Der Gesetzgebungsausschuss hatte festgestellt, dass beide Entwürfe nicht verfassungsgemäß sind.
25.07.2012	Laut Tageszeitung »Dziennik« korrigiert die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in ihrem neuesten Bericht das Bruttoinlandsprodukt von Polen auf 2,9 % (statt 2,7%), während sie für das Jahr 2013 nunmehr von 2,4 % (statt 2,9%) ausgeht. Ein Grund des Wachstums sei weiterhin der große Binnenmarkt und seine Nachfrage.
26.07.2012	Bei einem Besuch in Warschau hebt Bundesratspräsident Horst Seehofer (CSU) hervor, dass Deutschland und Polen eine ähnliche Vorstellung von der Rolle der EU vertreten und auch Polen Europa als Wertegemeinschaft begreift. Die Basis in einem vereinten Europa sei Solidarität und Liquidität. Die EU dürfe dabei nicht auf die Rolle eines Hilfsschirms mit dem Ziel, Banken zu retten, reduziert werden. Seehofer trifft sich u. a. mit Senatsmarschall Bogdan Borusewicz, Sejmarschallin Ewa Kopacz, Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak und Staatspräsident Bronisław Komorowski.
27.07.2012	Zbigniew Ziobro, Vorsitzender von »Solidarisches Polen von Zbigniew Ziobro« (Solidarna Polska Zbigniewa Ziobra – SP) bezeichnet es als Niederlage für Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), dass kein SP-Abgeordneter zu PiS übertritt. Hintergrund ist die vom Politischen Ausschuss von PiS Mitte Juni gesetzte Frist, dass bis zum 27. Juli Abgeordnete zu PiS zurückkehren können und ihnen dann ein Platz auf den Wahllisten von PiS sicher sei.
28.07.2012	Der Vorsitzende des Jugendverbands von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Marcin Mastalerek, appelliert an Ministerpräsident Donald Tusk sowie an dessen Sohn Michał, ihre Posten aufzugeben. Nur so sei die Ankündigung Tusks, den Nepotismus bekämpfen zu wollen, glaubwürdig. Nach Angaben des Flughafensprechers Michał Dragacz hat Michał Tusk eine Stelle beim Flughafen in Danzig inne, die er ohne formale Bewerbung erhielt.
29.07.2012	Auf einer Pressekonferenz in Sanok (Woiwodschaft Vorkarpaten/woj. podkarpackie) spricht sich Zbigniew Ziobro, Vorsitzender von »Solidarisches Polen von Zbigniew Ziobro« (Solidarna Polska Zbigniewa Ziobra – SP), gegen den Bau eines Atomkraftwerks in Polen aus. Dies würde zu einer enormen Verschuldung Polens und einem Anstieg des Energiepreises führen, des Weiteren würde Polen stärker von Russland als Lieferant für Uran oder angereichertes Uran abhängig. Deshalb sollte auf heimische Energiequellen wie Steinkohle, Schiefergas und Erdöl zurückgegriffen werden. Ziobro fordert Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) auf, die Regierungspläne zum Bau eines Atomkraftwerks nicht weiter zu unterstützen.
30.07.2012	Ministerpräsident Donald Tusk trifft sich in Danzig mit dem aussichtsreichsten Kandidaten der Republikaner für die US-Präsidentschaftswahlen im Herbst, Mitt Romney. Thematisiert wird die euroatlantische Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Militär. Romney hebt die guten Wirtschaftsergebnisse Polens vor dem Hintergrund der internationalen Krise hervor.
31.07.2012	Außenminister Radosław Sikorski empfängt in Warschau Mitt Romney, den aussichtsreichsten Kandidaten der Republikaner der US-Präsidentschaftswahlen im Herbst. Thematisiert werden u. a. die demokratischen Bestrebungen u. a. in Nordafrika und die Notwendigkeit, diese durch die internationale Gemeinschaft zu unterstützen. Romney unterstreicht die globale Schlüsselbedeutung der transatlantischen Zusammenarbeit angesichts der Krisen und wirtschaftlichen Stagnation der letzten Jahre.

31.07.2012	Staatspräsident Bronisław Komorowski ernennt Stanisław Kalembe zum neuen Landwirtschaftsminister. Kalembe ist der Wunschkandidat des Koalitionspartners Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL). Sein Vorgänger Marek Sawicki trat wegen Vorfällen von Amtsmissbrauch in seinem Ressort zurück.
01.08.2012	In Warschau finden die zentralen Gedenkfeiern zum Warschauer Aufstand im Jahr 1944, der sich gegen die deutsche Besatzung richtete, statt. An verschiedenen Gedenkortern wurden Missfallensäußerungen gegen Vertreter der Regierungspartei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) kundgetan, u. a. von der nationalistischen Jugendorganisation Allpolnische Jugend (Młodzież Wszechpolska).
02.08.2012	Die Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« berichtet, dass nach aktuellen Umfragen des Meinungsforschungsinstituts CBOS der Berufstätige in Polen durchschnittlich 46 Stunden wöchentlich arbeitet. Die damit verbundene Fahrtzeit beträgt durchschnittlich fünf Stunden pro Woche.
02.08.2012	Staatspräsident Bronisław Komorowski und Bundespräsident Joachim Gauck eröffnen in Küstrin/Oder (Kostrzyn nad Odrą) das größte Open-Air-Rockfestival in Polen »Przystanek Woodstock«.
03.08.2012	Bei den Olympischen Spielen in London gewinnen der Gewichtheber (bis 85 Kilogramm) Adrian Zieliński und der Kugelstoßer Tomasz Majewski Goldmedaillen.
04.08.2012	Vertreter der Sejmfraktionen sprechen sich für den Vorschlag von Staatspräsident Bronisław Komorowski aus, einen polnischen Raketenabwehrschild zu bauen, der ein Element des gemeinsamen Abwehrschildes der NATO-Länder sein soll. Komorowski hatte diesen Vorschlag in einem Interview für die Wochenzeitschrift »Wprost« geäußert.
04.08.2012	Ministerpräsident Donald Tusk wird in Ascona (Schweiz) der »Europapreis für politische Kultur« verliehen. Das Preisgeld stiftet Tusk für karitative Zwecke. Außerdem trifft sich Tusk mit der Bundespräsidentin der Schweiz, Eveline Widmer-Schlumpf. Thematisiert werden die Situation in Europa, die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen Polen und der Schweiz sowie die bilaterale Zusammenarbeit in internationalen Organisationen.
05.08.2012	Mit der Enthüllung einer Gedenktafel am Kulturpalast (Pałac Kultury i Nauki) in Warschau wird der Deportation des Kinderarztes, Pädagogen und Waisenhausleiters Janusz Korczak und seiner schutzbefohlenen Waisenkinder in das Vernichtungslager Treblinka vor 70 Jahren gedacht.
06.08.2012	Nach neuesten Angaben des Instituts zur Untersuchung des Kraftfahrzeugmarktes (Instytut Badań Rynku Motoryzacyjnego) »Samar« wurden im Juli in Polen 53.500 PKW und LKW produziert. Dies ist ein Rückgang von 7,09 % im Vergleich zum Juni und von 18,85 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Insgesamt wurden im Jahr 2012 bisher 414.200 Autos produziert, das sind 21,38 % weniger als im Vorjahr.
07.08.2012	Das Außenministerium gibt eine Erklärung heraus, in der die Bewerbung und Zugänglichkeit des Buches »Inferno of Choices. Poles and the Holocaust« auf den Internetseiten des Ministeriums und der polnischen diplomatischen Vertretungen gegen Vorwürfe verteidigt wird, dass sich das Buch zu sehr auf Denunziation, Plünderung und Kollaboration der Polen in der Zeit der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkriegs konzentriere. Diese Vorwürfe hatte unter anderem die Tageszeitung »Rzeczpospolita« erhoben.
08.08.2012	Nach Einschätzung des Chef-Ökonomen des Wirtschaftsministeriums, Ludwik Kotecki, wird der Anstieg des polnischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2013 zwischen 2 und 2,5 % liegen. Damit wird die Prognose revidiert, die von einem Anstieg des BIP von 2,9 % ausging. Für das II. Quartal 2012 schätzte das Wirtschaftsministerium Anfang der Woche einen Anstieg des BIP um 2,9 %.
09.08.2012	Jacek Żalek, der zum konservativen Flügel der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) gezählt wird, kündigt ein Gesetzesprojekt für gleichgeschlechtliche Partnerschaften an. Vorher hatte bereits Artur Dunin, Vertreter des liberalen Flügels in der PO, der Partei einen Entwurf skizziert. Anders als Dunin ist Żalek gegen eine formale Registrierung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften; beispielsweise soll im Fall von Auskünften bei Krankenhausaufenthalten eine formlose Erklärung ausreichen.
10.08.2012	Das Außenministerium gibt bekannt, dass alle Konsuln des Generalkonsulats der Republik Polen in Luzk (Ukraine), die verantwortlich für die Vergabe von Visa sind, abberufen werden. Grund seien unberechtigte Bevorzugungen von Antragstellern und die fehlende Aufsicht über eine ausgelagerten Visastelle.
11.08.2012	Der Vorsitzende der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Waldemar Pawlak, betont auf einem Parteitag der PSL der Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie), dass die sogenannte Videomitschnitt-Affäre nicht der gesamten PSL angehängt werden könne. Nach Bekanntwerden des Vorfalls von Amtsmissbrauch war der Landwirtschaftsminister (PSL) im Juli zurückgetreten.

12.08.2012	In einem Interview mit der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« widerspricht der Sohn des Ministerpräsidenten, Michał Tusk, Vorwürfen seines ehemaligen Arbeitgebers in der Fluglinie »OLT Express«, Marcin Plichta, der außerdem Eigentümer des Anlagefonds »Amber Gold« ist. Plichta hatte Michał Tusk, Angestellter beim Flughafen von Danzig, vorgeworfen, dass er »OLT Express« Informationen über den Flughafen von Danzig zu dessen Schaden weitergegeben habe.
13.08.2012	Nach Bekanntgabe der Beendigung der Tätigkeit des Anlagefonds »Amber Gold« fordert der Vorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) Leszek Miller die Einberufung eines Untersuchungsausschusses zu »Amber Gold«, der sich u. a. mit der Rolle der staatlichen Organe befassen soll.
14.08.2012	Ministerpräsident Donald Tusk kündigt die Berufung eines Komitees für Finanzstabilität an, an dessen Treffen u. a. Vertreter des Ausschusses für Finanzaufsicht und der Polnischen Nationalbank, der Justizminister, der Bürgerrechtsbeauftragte und der Präsident der Behörde für den Schutz von Wettbewerbsfähigkeit und Konsumenten teilnehmen sollen. Aktueller Anlass sind die Liquiditätsprobleme des Anlagefonds »Amber Gold«, dessen Chef bereits mehrfach wegen Wirtschaftskriminalität vorbestraft sein soll. Tusk betont, dass sich die Regierung und Regierungsinstitutionen mit Warnungen und Kontrollen im Vorfeld korrekt verhalten hätten. Gefragt nach der Anstellung seines Sohnes im Pressebüro der Fluglinie OLT Express, die dem Chef von »Amber Gold« gehört, sagt Tusk, er habe seinem Sohn abgeraten, die Beschäftigung anzutreten. Jedoch sei nicht sein Sohn der Hauptakteur in der Affäre um »Amber Gold«. Die Frage nach eventuellen Interessenkonflikten aufgrund der Beschäftigung bei der Fluglinie und gleichzeitig beim Danziger Flughafen müsse von der Flughafenleitung beantwortet werden.
15.08.2012	Aus Anlass des Feiertags der Polnischen Streitkräfte bekräftigt Staatspräsident Bronisław Komorowski, dass es für Polen aufgrund seiner geographischen Lage notwendig sei, einen eigenen Raketenabwehrschirm im Rahmen des NATO-Abwehrsystems zu bauen. Es dürften nicht exklusive Sicherheitsbedingungen für manche NATO-Länder geschaffen werden, sondern es müsse ein System geben, das das gesamte Gebiet des Bündnisses, darunter Polen, schütze. Angesichts des gegenwärtigen Ablaufs von Luftangriffen sei ein modernes Raketenabwehrsystem eine angemessene Lösung zur Verteidigung.
16.08.2012	Während eines Treffens mit polnischen Bischöfen in Warschau hebt der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche, Kyrill I., hervor, dass die russisch-orthodoxe Kirche in Russland und die römisch-katholische Kirche in Polen vor ähnlichen Herausforderungen stehen und eng zusammenarbeiten müssen, um der Säkularisierung der europäischen Gesellschaft, dem Verschwinden moralischer Grundsätze im persönlichen und gesellschaftlichen Leben und den Versuchen, Religion und christliche Symbole aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, entgegenzutreten. Der religiöse Dialog spiele neben dem politischen Dialog, den wirtschaftlichen Beziehungen und den kulturellen Verbindungen eine große Rolle für Frieden und Versöhnung zwischen beiden Nationen.
17.08.2012	Im Warschauer Schloss unterzeichnen der Vorsitzende des polnischen Episkopats, Erzbischof Józef Michalik, und der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche, Kyrill I., eine Erklärung, die zur Versöhnung der Gläubigen beider Kirchen und zum Dialog zwischen beiden Nationen aufruft.
18.08.2012	Der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche, Kyrill I., besucht die orthodoxen Gotteshäuser in Białystok (Nordostpolen) und trifft sich mit Gläubigen und Amtspersonen der autokephalen orthodoxen Kirche sowie mit Vertretern der Stadt und Region Białystok. Die Region gilt als Zentrum der autokephalen orthodoxen Kirche in Polen. Am Denkmal für den katholischen Priester Jerzy Popiełuszko, der 1984 von den Sicherheitsdiensten ermordet worden war, legt er in Anwesenheit des römisch-katholischen Erzbischofs von Białystok, Edward Ozorowski, einen Kranz nieder.
19.08.2012	In einem Interview für die Tageszeitung »Rzeczpospolita« kündigt Janusz Piechociński seinen Entschluss mit, für die Wahl des Vorsitzenden der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) zu kandidieren. Seiner Auffassung nach muss die Funktion des Parteivorsitzenden von der des Wirtschaftsministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten getrennt werden.
20.08.2012	Der Sprecher der Polnischen Bischofskonferenz, Priester Józef Kloch, beurteilt die zweijährige Lager-Haftstrafe für die drei Mitglieder der russischen Punkrock-Band »Pussy Riot« als unangemessen, auch wenn die drei Frauen am falschen Ort aufgetreten seien. Hintergrund des Urteils, das in der vergangenen Woche von einem Moskauer Gericht gesprochen wurde, ist ein Kurzauftritt der Band im Februar in der Christus-Erlöser-Kathedrale in Moskau, bei dem die Frauen die Muttergottes anflehten, Staatspräsident Wladimir Putin zu vertreiben. Die Entscheidung des Gerichts wurde in Europa und den USA scharf kritisiert.

21.08.2012	Der Fraktionschef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Mariusz Błaszczak, fordert Ministerpräsident Donald Tusk auf, das Parlament über den Informationsstand der Staatsorgane und der Sonderdienste zum Anlagefonds »Amber Gold« zu informieren. Darüber hinaus reicht PiS einen Gesetzesentwurf zur Einberufung eines Untersuchungsausschusses ein. Außerdem wird ein Gesetz über die Konfiszierung des Eigentums von Straftätern gefordert. Hintergrund sind die Liquiditätsprobleme des Anlagefonds, die zur Einstellung seiner Tätigkeit geführt haben, die vermeintliche Passivität der staatlichen Behörden und die Berufstätigkeit von Tusks Sohn Michał bei einer Fluglinie, die dem Eigentümer von »Amber Gold« gehörte.
22.08.2012	Władysław Kosiniak-Kamysz, Minister für Arbeit und Sozialpolitik, informiert, dass bereits 350 Mio. Zloty aus dem »Arbeitsfonds« an die Arbeitsämter überwiesen wurden, um vor Ort die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Vor allem sollen die Gelder der Unterstützung von Arbeitssuchenden bis zum 30. Lebensjahr zugutekommen. Insgesamt hatten das Finanzministerium und der Parlamentsausschuss für öffentliche Finanzen 500 Mio. Zloty zu diesem Zweck freigegeben.
23.08.2012	Schatzminister Mikołaj Budzanowski nennt in einem Radiointerview zwei Gebäude zur Auswahl, die dem Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięi Narodowej – IPN) in Warschau als Hauptsitz in der Hauptstadt angeboten werden können. Anfang der Woche war der Präsident des IPN informiert worden, dass das derzeitige Gebäude vom Eigentümer verkauft worden ist. Als staatliche Institution muss das Schatzministerium für ein Gebäude sorgen. Der Stadtpräsident von Radom schlägt dem Präsidenten des IPN vor, den Hauptsitz nach Radom zu verlegen. Ein solches Angebot liegt ebenfalls von der Stadt Lodz (Łódź) vor.
24.08.2012	Im Warschauer Königsschloss beginnt der »IV. Kongress der Polonia«, an dem neben zirka 300 Vertretern der polnischen Emigration u. a. Staatspräsident Bronisław Komorowski als Schirmherr und Senatsmarschall Bogdan Borusewicz sowie Vertreter des Außenministeriums teilnehmen. Hauptthemen des dreitägigen Kongresses sind Bildung, Seelsorge, die Situation der älteren und der aktuellen Emigration und die Finanzierungsbedingungen für Programme der Polonia.
25.08.2012	Im Kloster Jasna Góra in Tschenschowau (Częstochowa) diskutiert der Rat der Diözesanbischöfe über die Verwaltung des kirchlichen Eigentums. Dabei gehe es darum, die rechtlichen Regelungen des kirchlichen und des staatlichen Rechtssystems in Einklang zu bringen, so der Koordinator des Projekts, der Metropolit von Kattowitz, Erzbischof Wiktor Skworc.
26.08.2012	Der scheidende Botschafter der Republik Polen in Berlin, Marek Prawda, sagt in einem Radiointerview im »Deutschlandfunk«, dass Polen sich bemühe, die Beitrittskriterien der Euro-Gruppe so bald wie möglich, eventuell bis 2015, zu erfüllen. Allerdings müssten die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion beseitigt werden, um die Bevölkerung von den Vorteilen der Eurozone zu überzeugen.
27.08.2012	Auf einer Pressekonferenz zur Insolvenz des Finanzanbieters »Amber Gold« kritisiert Generalstaatsanwalt Andrzej Szeremet die Fahrlässigkeit und mangelnde Professionalität der betreffenden Staatsanwaltschaft in Danzig (Gdańsk) und kündigt Disziplinarverfahren gegen einige Staatsanwälte an.
27.08.2012	Auf der Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt in Berlin spricht sich Außenminister Radosław Sikorski in einer Rede für die Rettung der Eurozone aus, ohne dass dabei die Integrität der EU verloren gehen dürfe. Sikorski fordert die EU-Staaten auf, nicht ihren partikularen Interessen zu unterliegen, sondern im großen gemeinsamen Rahmen zu denken. Darüber hinaus stellt er konkrete Vorschläge zur Reformierung der Europäischen Union vor. U. a. nennt er die Zusammenlegung der Posten des Vorsitzenden des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission, die Verschlinkung, Optimierung und Stärkung der Europäischen Kommission, die Einrichtung einer paneuropäischen Wahlliste für Kandidaten für das Europäische Parlament und die Schaffung des Amtes eines Hohen Vertreters der EU, der sich ausschließlich mit Außenpolitik befasst.
28.08.2012	Die Sprecherin des Innenministeriums informiert, dass Innenminister Jacek Cichocki einen Antrag auf Sonderzahlung von zirka 16,5 Mio. Zloty an das Finanzministerium gestellt hat. Mit der Summe sollen die Überstunden, die Polizei, Feuerwehr, Grenzschutz u. a. im Rahmen der Fußballeuropameisterschaft EURO 2012 in Polen geleistet haben, beglichen werden.
29.08.2012	Nach Einschätzung des Ministeriums für regionale Entwicklung werden bis Ende des Jahres 90 % der Polen für den Zeitraum 2007–2013 zugesprochenen EU-Mittel vergeben sein. Pro Jahr seien zirka 50 Mrd. Zloty der Gesamtsumme vergeben worden, so der stellvertretende Minister für regionale Entwicklung, Adam Zdziełło.
30.08.2012	Ministerpräsident Donald Tusk nimmt im Sejm Stellung zur Affäre des inzwischen insolventen Finanzanbieters »Amber Gold«. U. a. kündigt er die Stärkung der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft an und die Ausstattung der Generalstaatsanwaltschaft mit zusätzlichen Möglichkeiten von Disziplinarmaßnahmen gegenüber den Staatsanwälten. Die Trennung der Funktionen von Generalstaatsanwalt und Justizminister müsse gewahrt bleiben.

31.08.2012	Der Sejm lehnt mit den Stimmen der Regierungskoalition aus Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) den Gesetzentwurf auf Einberufung eines Untersuchungsausschusses zur Rolle der staatlichen Finanzorgane gegenüber dem inzwischen insolventen Finanzanbieter »Amber Gold« ab. Der Gesetzentwurf war von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingereicht worden.
01.09.2012	In Danzig wird der Grundstein für das Museum des Zweiten Weltkriegs gelegt. Anwesend sind u. a. Ministerpräsident Donald Tusk, Kulturminister Bogdan Zdrojewski, Stadtpräsident Paweł Adamowicz, der Chef der Kanzlei des Ministerpräsidenten, Tomasz Arabski, und der Direktor des Museums, Prof. Paweł Machcewicz. Das Museum soll eine Fläche von 7.000 qm haben und voraussichtlich 2015 eröffnet werden.
02.09.2012	Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), stellt Reformvorschläge u. a. für das Renten- und Steuersystem sowie den Wohnungsmarkt vor und schlägt einen Zehnjahresplan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor allem in kleineren Städten und auf dem Land vor. Damit sollen 1,2 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden.
03.09.2012	Zbigniew Ziobro, Parteivorsitzender von Solidarisches Polen von Zbigniew Ziobro (Solidarna Polska Zbigniewa Ziobra – SP), wirft dem Parteivorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, vor, einen Teil seiner am Vortag präsentierten Reformvorschläge von SP übernommen zu haben.
04.09.2012	In Krynica Zdrój (Südpolen) beginnt das dreitägige internationale XXII. Wirtschaftsforum (XXII Forum Ekonomiczne w Krynicy), an dem neben Wirtschaftsfachleuten und Unternehmern auch Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten und Minister teilnehmen. Insgesamt werden zirka 2.500 Teilnehmer u. a. aus Europa, Zentralasien und den USA erwartet. Der Kongress ist der größte dieser Art in Ostmitteleuropa. Eröffnet wird er von Staatpräsident Bronisław Komorowski und seinem kroatischen Amtskollegen Ivo Josipović.
05.09.2012	Auf dem XXII. Wirtschaftsforum in Krynica Zdrój (Südpolen) unterzeichnen die Energiekonzerne Enea, KGHM Polska Miedź, PGE und Tauron eine Absichtserklärung zum Bau des ersten Atomkraftwerks in Polen. Der Vertrag soll innerhalb eines halben Jahres ausgearbeitet werden. Der Betrieb des Atomkraftwerks soll 2020 aufgenommen werden.
06.09.2012	Nach Angaben des Verteidigungsministeriums soll der Ressorthaushalt im Jahr 2013 31,17 Mrd. Zloty betragen, das sind knapp 2 Mrd. Zloty mehr als 2012. Der prozentual höchste Anstieg im Vergleich zu 2012 ist bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung vorgesehen, konkret sollen dies 78,4 Mio. Zloty sein.
07.09.2012	Schatzminister Mikołaj Budzanowski äußert scharfe Kritik an dem Bericht zur Gewinnung von Schiefergas, der von der Generaldirektion für Umwelt der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben wurde und ein Risiko für Luft, Grund- und Oberflächenwasser feststellt. Die öffentliche Meinung werde in die Irre geführt. Budzanowski kündigt an, gegen den Bericht zu intervenieren.
08.09.2012	Die Ministerin für Sport und Tourismus Joanna Mucha trifft sich am Rande der Paralympics in London mit polnischen Teilnehmern und dankt ihnen für die bisher gewonnenen zwölf Gold-, elf Silber- und sieben Bronzemedailles. Das Wissen über die paralympischen Spiele sei in Polen gering, man müsse bekannt machen, dass dieser Sport schwere Arbeit und häufig eine größere Selbstaufopferung bedeute als im Falle nicht behinderter Sportler, erklärt die Ministerin. Dafür wolle sie die Zusammenarbeit ihres Ressorts mit Behindertenverbänden verbessern.
09.09.2012	In der Mehrheit der Sonntagsmessen der katholischen Kirche wird auf Entscheidung des Polnischen Episkopats die »Botschaft an die Nationen Polens und Russlands« verlesen, die Mitte August vom Vorsitzenden des Polnischen Episkopats, Erzbischof Józef Michalik, und dem Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche, Kyrill I., unterzeichnet wurde. Appelliert wird an die Gläubigen, den Dialog zu entwickeln und Vertrauen zwischen beiden Nationen aufzubauen.
10.09.2012	Der Vorsitzende des Öffentlichen Fernsehens Telewizja Polska (TVP), Juliusz Braun, spricht sich in einem Interview dafür aus, die Fernsehgebühr pro Kopf zu erheben. Die Koppelung der Gebühr an die Registrierung eines Empfangsgeräts sei zwar europaweit verbreitet, aber nicht mehr zeitgemäß, da heute kaum noch definiert werden könne, was ein Fernsehgerät sei.
11.09.2012	Die Regierung beschließt, die Konvention gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt des Europarats zu unterzeichnen. Im Vorfeld hatte Justizminister Jarosław Gowin argumentiert, dass die Konvention nur schwierig mit der polnischen Verfassung in Übereinstimmung zu bringen sei. Die Unterzeichnung eröffnet den Weg der Ratifizierung durch den Sejm.
12.09.2012	Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnet die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung in Berlin. Bei ihrem Rundgang über die Messe wird sie von Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak begleitet. Polen ist in diesem Jahr Partnerland der Messe.

13.09.2012	Der Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), General Stanisław Koziej, lädt alle Fraktionschefs zu einem Gespräch über ein polnisches Raketenabwehrprogramm ein, das zur Modernisierung der Luftabwehr gehören würde.
14.09.2012	Ministerpräsident Donald Tusk bekräftigt auf einer Pressekonferenz, dass er sich nicht aus den Reihen der Europäischen Volkspartei (EVP) um eine Kandidatur für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission bewerben wird.
15.09.2012	Am Rande des EU-Finanzministertreffens in Nikosia (Zypern) spricht sich Finanzminister Jacek Rostowski gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission zu einer Bankenunion aus. Polen werde keinem Gremium beitreten, in dem es keine Stimme habe. Der aktuelle Vorschlag sei daher nicht interessant.
16.09.2012	Der Vorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Leszek Miller, stellt in Warschau das Programm der SLD »Neue Strategie für Polen – Entwicklung statt Stagnation« vor. Danach sollen drei Industriezentren in Polen entwickelt, ein Ministerium für Unternehmertum eingerichtet und der Export und die Expansion polnischer Firmen und Banken nach Osten gefördert werden. Miller spricht sich für eine größere Rolle des Staates im Wirtschaftssektor und im öffentlichen Sektor aus.
17.09.2012	Der Vorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Leszek Miller, kündigt an, Ministerpräsident Donald Tusk und Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak zur Debatte über das Wirtschaftsprogramm der SLD einzuladen.

*Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON [www.ireon-portal.de](http://www.ireon-portal.de) recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2012 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)